

PARITÄT ZWISCHEN LANDWIRTSCHAFT UND INDUSTRIE

Die Forderung nach Parität, nach Gleichstellung und Gleichberechtigung der Landwirtschaft mit den übrigen Wirtschaftszweigen, ist in letzter Zeit immer mehr in den Mittelpunkt der agrarpolitischen Diskussion gekommen. Auf seinem diesjährigen Kongreß in Konstanz hat kürzlich der „Deutsche Bauernverband“ die Forderung nach Paritätspreisen begründet und angekündigt, daß er im Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen würde. Das Problem der Parität hat über den Bereich der Agrarpolitik hinaus allgemeinere Bedeutung, denn es berührt das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft und die Frage nach der Gestaltung der Landwirtschaft im Rahmen der westdeutschen Volkswirtschaft.

Die Forderung nach Parität geht von der bestehenden „Unterbewertung der Landwirtschaft“ aus. Berechnet man nämlich das Netto-Sozialprodukt in Westdeutschland (z. B. des Jahres 1950/51) je nichtlandwirtschaftliche Erwerbsperson, so kommt man auf ein Durchschnittseinkommen von rund 4280 DM. Das durchschnittliche Einkommen je Erwerbsperson in der Landwirtschaft betrug demgegenüber aber nur etwa 45 vH. dieses Betrages, nämlich 1930 DM. Nun besagen solche Durchschnittsvergleiche natürlich nicht allzuviel, denn das angeführte Einkommen je nichtlandwirtschaftliche Erwerbsperson von 4280 DM ist der Durchschnitt aus einer breiten Streuung von den geringsten bis zu den größten Einkommen. Ebenso sind zweifellos starke Streuungen in den landwirtschaftlichen Einkommen vorhanden, etwa zwischen Groß- und Kleinbetrieben, zwischen Betrieben auf guten und schlechten Böden usw. Aber auch wenn man ein mittleres industriearbeitliches Gruppeneinkommen, etwa das Durchschnittseinkommen des Industriearbeiters (1950/51) von 3430 DM oder das eines Metallarbeiters von 3620 DM, mit dem landwirtschaftlichen Einkommen vergleicht, so zeigt sich, daß letzteres nur etwas mehr als die Hälfte des Industriearbeitereinkommens beträgt. Sicher liegt also das landwirtschaftliche Einkommen im allgemeinen erheblich niedriger als das nichtlandwirtschaftliche Einkommen.

Parität über Preise unmöglich

Was bedeutet es nun, wenn eine Parität erreicht werden soll? Das Einkommen der (1950/51) etwa 4,7 Millionen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft müßte von etwa 1930 DM auf 3500 bis 4000 DM gehoben werden, oder das Netto-Sozialprodukt der Landwirtschaft müßte von etwa 9,1 Milliarden DM (1950/51) auf 15 bis 18 Milliarden D-Mark gesteigert werden.

Wenn das Netto-Sozialprodukt von 9 Milliarden DM auf „nur“ 15 Milliarden DM, also um 66 vH., gesteigert werden sollte und dies durch Preiserhöhungen geschehen soll — worauf der Vorschlag der Landwirtschaft hinauskommt —, so wären Steigerungen der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise von durchschnittlich 66 vH. erforderlich. Auch wenn man unterstellt, daß die Handels- und Verarbeitungsspannen gleichzeitig nicht erhöht werden, so wären doch Verbraucherpreissteigerungen von immerhin etwa 30 bis 35 vH. erforderlich, um die Parität zu erreichen.

Dies zeigt schon, daß eine Parität über die Preise nicht zu erreichen ist. Die Preissteigerungen würden sich nicht durchsetzen lassen, der Konsument würde gezwungen, seinen Verbrauch einzuschränken, Absatzschwierigkeiten müßten

entstehen, die auf die Preise drücken. Die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise würde Lohnsteigerungen auslösen müssen und würde über eine Erhöhung der Preise für Industrieerzeugnisse auf die Landwirtschaft zurückschlagen. Die in Konstanz vom Deutschen Bauernverband vorgebrachte Forderung nach Parität erscheint daher nicht realisierbar, soweit dabei auf „Paritätspreise“ abgezielt wird.

Parität durch Rationalisierung

Hauptanliegen der westdeutschen Agrarpolitik muß es sicher sein, die Unterbewertung der Landwirtschaft zu beseitigen. Wenn man nach einem Weg dazu sucht, so sollte man sich zunächst Klarheit über die Ursachen der Unterbewertung in der Landwirtschaft verschaffen und fragen, warum denn die Landwirtschaft unterbewertet und die nichtlandwirtschaftliche Wirtschaft offenbar „überbewertet“ ist. Das Netto-Sozialprodukt, die Wertschöpfung in der nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaft, vor allem in der Industriegewirtschaft ist deshalb so groß, weil sich in den letzten 100 Jahren in der Industriegewirtschaft ein unvergleichlicher Rationalisierungsprozeß vollzogen hat und heute noch vollzieht. Dies und nur dies allein hat dazu geführt, daß die Wertschöpfung je Kopf und damit der Lebensstandard in den letzten 100 Jahren so stark gestiegen ist — übrigens nicht nur in der Stadt, sondern in Nebenwirkung auch auf dem Lande. Wenn eine Arbeitskraft heute auf Grund moderner Herstellungsverfahren das zu produzieren vermag, was früher drei Arbeitskräfte herstellten, so kann der Verbrauch mehr als dreimal so hoch sein, als er früher war. Höhere Einkommen oder niedrigere Preise sind nur ein Ausdruck dieser Tatsache.

Ausgangspunkt für eine Beseitigung der Unterbewertung ist demnach nichts anderes als das Inganghalten oder Ingangbringen einer Rationalisierung in der Landwirtschaft — eine keineswegs neue Erkenntnis.

Nun ist auch die landwirtschaftliche Produktion in der vergangenen Zeit zweifellos beträchtlich rationalisiert worden. Aber sie hat mit der Rationalisierung in der Industriegewirtschaft offenbar doch nicht Schritt halten können, und deshalb ist es zu der erheblichen Differenzierung in den Einkommen in Stadt und Land gekommen. Aber dieses Zurückbleiben im Rationalisierungsprozeß ist nicht nur Verschulden der „rückständigen Bauern“. Denn die Landwirtschaft konnte der Industriegewirtschaft nicht ohne weiteres auf allen Wegen der Rationalisierung folgen. Eine starke Rationalisierung in der Industrie wurde durch die Konzentration der Betriebe in Großbetrieben erreicht, durch eine starke Arbeitsteilung und Spezialisierung und durch eine weitgehende Mechanisierung mit Verwendung von Großaggregaten, Fließbändern oder Automaten. Die landwirtschaftliche Produktion kann nicht großbetrieblich im Sinne der Industriegewirtschaft organisiert werden. Ein landwirtschaftlicher Großbetrieb von 500 ha — und größere Betriebseinheiten zu organisieren, ist in der westdeutschen Landwirtschaft zwecklos — bleibt von der Industrie her gesehen ein Kleinbetrieb. Die Arbeitsteilung und Spezialisierung stößt auf Schwierigkeiten, weil der landwirtschaftliche Betrieb vielseitig organisiert sein muß. Und die Mechanisierung findet Grenzen, weil z. B. in der Landwirtschaft im allgemeinen nicht stationäre Großmaschinen, sondern auf dem Acker bewegliche kleine Maschinen eingesetzt werden müssen. Das alles verhindert oder erschwert es der Landwirtschaft, mit dem Rationalisierungsprozeß in der Industrie mitzukommen. Das heißt allerdings nicht, daß Rationalisierungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft nicht mehr oder nur noch sehr begrenzt vorhanden sind und von der Rationalisierung her das Problem der Unterbewertung nicht zu lösen ist. Im Gegenteil, gerade in der Landwirtschaft sind sicher noch beträchtliche Rationalisierungsreserven zu mobilisieren.

Neue Betriebsformen

Die bisherige Rationalisierung in der Landwirtschaft ist im wesentlichen nur im Rahmen der überkommenen Betriebs- und Besitzverfassung erfolgt. Es ist versucht worden, die moderne Technik gewissermaßen in das alte Gebäude der Landwirtschaft einzubauen. Es ist aber noch nicht versucht worden, ein der Technik entsprechendes neues Gebäude auf neuem Fundament zu errichten. Ein offener Blick in die westdeutsche Landwirtschaft zeigt das sofort: Der Bauernschlepper, der im südwestdeutschen Raum auf den durch Realteilung zerstückelten Ackerstreifen rationell nicht einsetzbar ist, oder der Traktor, der einen für langsameren Pferdezug gebauten und zu leichten hölzernen Ackerwagen mehr hinter sich her reißt als zieht — Technik verschiedener Entwicklungsstufen ist hier zusammengespant —, oder der Silo und die Förderanlage, die recht und schlecht an oder neben ein altes Gebäude herangebaut sind. Wie die alte Betriebs- und Arbeitsverfassung mit den Erfordernissen der neuen Technik kollidiert, zeigt ein Bauernwald oder eine bäuerliche Obstpflanzung, die mangelhaft bewirtschaftet sind, weil der einzelne auf Vielseitigkeit ausgerichtete Bauer sich die zu einer modernen Bewirtschaftung notwendigen Spezialkenntnisse nicht aneignen kann.

Die bisherige Rationalisierung in der Landwirtschaft ist zum Teil auch nur Ergebnis der Rationalisierung in der Industriegewirtschaft. Diese hat billigere und bessere Maschinen und billigere Düngemittel zur Verfügung gestellt. Real kostete z. B. Stickstoffdünger im Jahre 1951 nur etwa 35 vH. dessen, was er 1913 kostete. Wenn heute die Wertschöpfung und das landwirtschaftliche Einkommen gesteigert werden sollen, so wird es mehr als bisher darauf ankommen, die Rationalisierung in der Landwirtschaft selbst voranzutreiben. Grundsätzlich wird dabei der Weg zu beschreiten sein, den die Industriegewirtschaft vorgezeichnet hat, allerdings in den engeren Grenzen, die aus der Natur der landwirtschaftlichen Produktion nun einmal gegeben sind. Es wird darauf ankommen, das Problem der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen anzugehen, kleinste, notwendigerweise unrationell arbeitende Betriebe und die Flurzersplitterung und Realteilung auszumerzen. Es wird weiter darauf ankommen, zu einer stärkeren Spezialisierung im Arbeitseinsatz zu kommen. Ursache dafür, daß ein so weiter Abstand zwischen den Erkenntnissen der Landwirtschaftswissenschaften und ihrer Anwendung in der landwirtschaftlichen Praxis besteht, ist vornehmlich die, daß der bäuerliche Universalist die speziellen Einzelerkenntnisse nicht erwerben kann, die für rationellste Betriebsführung notwendig sind. Spezialisierung ist aber nur bei gemeinschaftlichem Arbeitseinsatz möglich, wie er sich z. B. bei der Schädlingsbekämpfung, bei den Obstbaumwarten, Fütterungsfachleuten, Milchkontrolleuren u. a. m. schon in Anfängen andeutet und bewährt hat. Vor allem macht die Mechanisierung der Agrarproduktion einen gemeinschaftlichen Einsatz von Maschinen notwendig. Nur so wird eine wirkliche Rationalisierung durch Maschineneinsatz erreichbar sein.

Große Aufgaben

Damit zeigt sich, daß die Landwirtschaft und die Agrarpolitik in Westdeutschland vor großen Aufgaben stehen, ja vor riesigen Aufgaben. Denn letztlich kommt es offenbar darauf an, die Landwirtschaft aus der überkommenen auf die frühere vortechnische Zeit zugeschnittenen Betriebsverfassung herauszubringen und für sie eine neue angepaßtere Arbeits- und Betriebsverfassung zu finden. Diese Aufgabe wird das Landvolk allein auf sich gestellt sicher nicht lösen können. Hilfe von Seiten der Gesamtwirtschaft wird unumgänglich notwendig sein, denn es muß ja z. B. der jahrhundertealte Mißstand der Flurzersplitterung

beseitigt werden, und zwar rasch, innerhalb einer Generation. Die häufig ungünstige Besiedlungsform in weit auseinanderliegenden großen, aber engen Dörfern mit übergroßen Feldentfernungen muß korrigiert werden. Eine Reform der landwirtschaftlichen Baulichkeiten muß in Angriff genommen werden u, a. m. Aber der Einsatz von Produktivkrediten oder Produktivsubventionen wird sich zweifellos lohnen, denn von einer Steigerung der Wertschöpfung in der Landwirtschaft profitiert auf lange Sicht die gesamte Volkswirtschaft. Umgekehrt hemmt eine kümmernde Landwirtschaft — wie ein lamentierender Nachzügler — das Vorwärtsschreiten der anderen Wirtschaftszweige, Dabei entsteht der bekannte dauernde und leidige Streit um die Landwirtschaft, die Agrarpolitik und speziell die Agrarpreise.

Mit seinem Paritätspreisvorschlag, den der Deutsche Bauernverband kürzlich machte, hat er die alten, ausgetretenen Wege der Agrarpolitik nicht verlassen. Selbst wenn es den Bauern gelänge, mit Hilfe von Zollschutz und Einfuhrsperrn oder durch marktordnerisch-monopolistische Maßnahmen die Preise hoch zu treiben, so würden sich Produktion und Verbrauch, Löhne und Betriebsmittelpreise den gestiegenen Nahrungsmittelpreisen doch wieder anpassen, und es würde sich alsbald ein Gleichgewicht herstellen, bei dem die Einkommensverteilung zwischen Stadt und Land doch wieder nicht in Parität sein, sondern der Produktivität der Arbeit in Stadt und Land entsprechen würde, so wie bisher schon der Unterschied zwischen ländlichem und städtischem Einkommen den Mißerfolg einer jahrzehntelangen konservierenden Schutzpolitik nur allzu deutlich zum Ausdruck bringt.